Kümmern statt kürzen.

Kommunalwahlprogramm 2026

Die Linke

Main-Kinzig-Kreis

Die Menschen zuerst.

DIE LINKE im Main-Kinzig-Kreis steht für eine Politik der Solidarität, des Zusammenhalts und der sozialen Sicherheit.

Wir wollen, dass alle Menschen unabhängig von Einkommen, Herkunft oder Lebenslage würdig im Main-Kinzig-Kreis leben können. Wir streben eine Gemeinschaft der Vielen und Unterschiedlichen an, im Kreis wie in der Welt. Wir lassen uns nicht spalten!

Wir stehen für diejenigen, die täglich hart arbeiten und sich dennoch am Ende des Monats fragen, wie sie sich eine gute Versorgung ihrer Kinder leisten sollen. Alle sollen gut leben können, besonders jene, die unser Gemeinwesen tragen, Beschäftigte in Pflege, Handwerk, Produktion oder aus der Dienstleistung: In einer sicheren und bezahlbaren Wohnung, mit einer verlässlichen Grundversorgung und dem Wissen, dass nicht alles verloren ist, wenn mal was schief läuft, unabhängig davon, ob im urbanen Westen oder im ländlichen Osten des Kreises. In vielen Gesprächen an den Haustüren haben wir erfahren, was den Menschen wirklich wichtig ist: bezahlbarer Wohnraum, die Bekämpfung von Leerstand, die Belebung unserer Städte und Gemeinden sowie Unterstützung, wo Menschen mit ihren Problemen allein gelassen werden.

DIE LINKE steht für soziale Gerechtigkeit, bezahlbares Wohnen, starke öffentliche Daseinsvorsorge, den Ausbau des ÖPNV und eine klare Haltung gegen Rechts. Wir wollen, dass unser Main-Kinzig-Kreis überall und für alle lebenswert ist. Unsere Politik stellt die Menschen in den Mittelpunkt, nicht die Profite.

Das Kommunalwahlprogramm
zum Download:

Main-Kinzig-Kreis

DIE LINKE. Main-Kinzig
Kreissprecher:innenrat
Postfach 1134
Bahnhofstr. 16
63551 Gelnhausen

Telefon: 0157 74 72 34 36
V.i.S.d.P.: Cat Patiño Lang, Kreissprecher:in

Layout/Druck: Joe Brückner
Stand: Januar 2026

Mehr Informationen zu unseren Initiativen finden Sie unter:
www.dielinke-mkk.de

260110

Inhalt

Einleitung: „Die Menschen zuerst.“ 3
Gute Arbeit & faire Löhne 7
Wohnen & Mieten 8
Soziale Gerechtigkeit 11
Gesundheit & Daseinsvorsorge 12
Bildung, Kinder & Inklusion 14
Mobilität & ÖPNV 16
Kunst & Kultur 18
Umwelt, Klima & Nachhaltigkeit 21
Finanzierbarkeit & Bürgerbeteiligung 22

Gute Arbeit & faire Löhne

Wer hart arbeitet, soll gut leben können!
Doch viele Menschen, die Vollzeit arbeiten, können sich ein Leben in unserem Kreis kaum noch leisten. Das muss sich ändern!

• Kommunale Aufträge nur an tariftreue Unternehmen: Kein Steuergeld für Lohndumping! Der Kreis vergibt öffentliche Aufträge ausschließlich an Betriebe, die Tarifverträge einhalten und ihre Beschäftigten fair bezahlen.

• Vergabekriterien verschärfen: Bei der Auftragsvergabe werden soziale und ökologische Standards verbindlich. Unternehmen, die die Rechte unserer Beschäftigten missachten oder sich unfair am Steuergeld bereichern wollen, erhalten keine öffentlichen Aufträge.[1]

• Mindestlöhne bei Kreisvergaben: Der Kreis zahlt bei eigenen Aufträgen mindestens 15 Euro pro Stunde – als Vorbild für die Privatwirtschaft.

• Unterstützung von Betriebsräten und Gewerkschaften: Der Kreis fördert die Interessenvertretung der Beschäftigten und schafft Räume für gewerkschaftliche Bildungsarbeit.

• Sichere Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst: Keine weitere Privatisierung öffentlicher Aufgaben. Kommunale Betriebe bleiben in öffentlicher Hand und bieten sichere, gut bezahlte Arbeitsplätze.

1 Eine gute Leitlinie sind die Positionen des deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB), 2025-09-15_Positionspapier_DGB_Überarbeitung_Vergaberichtlinien_final.pdf

Wohnen & Mieten

Wohnen ist ein Menschenrecht!

Wer arbeitet, muss sich eine Wohnung in der Nähe des Arbeitsplatzes leisten können. Zu viele Beschäftigte müssen täglich weite Strecken pendeln, weil eine Wohnung vor Ort für sie nicht bezahlbar ist. Das schadet der Lebensqualität und belastet die Umwelt.

Wir fordern bezahlbaren Wohnraum, die Förderung genossenschaftlicher Modelle und die Bekämpfung illegaler Mieten!

- Einrichtung einer Kreisstelle gegen Mietabzocke und ungerechtfertigte Mieterhöhungen.
- Vorrang für kommunales und genossenschaftliches Wohnen statt Spekulation mit Grund und Boden.
- Förderung der Gründung einer kreiseigenen Wohnungsgesellschaft des MKK für mehr sozialen Wohnungsbau.
- Keine Privatisierung von öffentlichem Wohnraum.
- Förderung und Erhalt von Sozialwohnungen.
- Förderung von energieeffizientem und barrierefreiem Bauen.
- Bekämpfung des Leerstands durch Leerstandsregister – auch für Privateigentum.
- Förderung von barrierefreien gemeinschaftlichen Wohnprojekten und Mehrgenerationenhäusern.

Soziale Gerechtigkeit

Niemand darf zurückgelassen werden!

Ein starkes Sozialsystem ist für alle Menschen wichtig: als Schutz vor Arbeitslosigkeit, bei Krankheit oder im Alter. Auch wer hart arbeitet, kann in schwierige Situationen geraten und braucht dann unbürokratische Hilfe.

Die Linke setzt sich im Kreis dafür ein, dass Unterstützung vor Ort ankommt, unbürokratisch, gerecht und menschlich.

- Stärkung der Sozialarbeit in Gemeinden und Schulen.
- Kommunaler Sozialpass für Menschen mit geringem Einkommen (ermäßigter Eintritt in Schwimmbäder, Kultur, ÖPNV etc.).
- Entlastung von Tafeln durch öffentliches System zur Verpflegung von Bedürftigen.
- Einrichtung einer Anlaufstelle gegen Armut mit Beratung zu Sozialleistungen.
- Mehr und bessere, leicht zugängliche Beratung zu Aufstockung und Wohngeld.[1]
- Gegen Altersarmut: Mehr und bessere, leicht zugängliche Beratungsangebote zu Renten, Grundsicherung und Teilhabe.
- Aufbau eines kommunalen Pflegenetzwerks unter Einbeziehung bestehender Angebote verschiedener Träger zur Unterstützung pflegender Angehöriger (z.B. Pflegeberatung, Unterstützung bei Anträgen, Pflegekurse)
- Förderung von ehrenamtlichem und nachbarschaftlichem Engagement durch Zuschüsse.
- Die Stärkung und Unterstützung von Communities und vielseitigen Lebensrealitäten.
- Sichtbarkeit und Vertretung von queeren Menschen, Migrant:innen und anderen marginalisierten Gruppen.
- Die Einrichtung von (Dritten) Orten ohne Konsumzwang durch die Förderung Solidarischer Wirtschaft z.B. Genossenschaften, Repair-Cafés, Tauschbörsen.

1 Viele Beschäftigte wissen nicht, dass sie Anspruch auf aufstockende Leistungen (Kinderzuschlag, SGB II etc.) haben. Die Beratungsstelle informiert gezielt über die Möglichkeiten der Aufstockungen.

Gesundheit & Daseinsvorsorge

Gesundheit ist ein Grundrecht!

Wir wollen es allen Menschen gleichermaßen garantieren. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass sämtliche Gesundheitseinrichtungen in öffentlicher Hand bleiben und wieder in diese übergehen. Durch solidarische Finanzierung wollen wir allen Bürger:innen uneingeschränkten Zugang zu hochwertiger medizinischer Versorgung bieten.

- Sicherstellung einer flächendeckenden, wohnortnahen Gesundheitsversorgung.
- Kein Verkauf der Kliniken Gelnhausen und Schlüchtern.
- Förderung von Prävention, Inklusion und Barrierefreiheit im gesamten Kreis, etwa in Zusammenarbeit mit Berufsgenossenschaften.
- Kostenlose und niederschwellige Gesundheitsangebote: Vorsorge, Bewegungsprogramme, Ernährungsberatung etc.
- Wir setzen uns ein für Gesundheitsförderung an Schulen und Kitas (z.B. Bewegung, gesunde Ernährung, mentale Gesundheit).
- Stärkung von psychosozialen Beratungsstellen, Suchtprävention und Aufklärung.
- Aufklärungsarbeit und Angebote zu psychischer Gesundheit und Entstigmatisierung psychischer Erkrankungen.
- Gebührenfreie Hygieneartikel in öffentlichen Einrichtungen.
- Wir fordern eine unabhängige Anlaufstelle für Beschäftigte im Gesundheitswesen, die bei psychischen Belastungen, Gewalt, Mobbing oder ethischen Konflikten schnelle und vertrauliche Unterstützung bietet.
- Wir fordern eine unabhängige Beratungsstelle für Patient:innen.

Bildung, Kinder & Inklusion

Bildung ist der Schlüssel zu eigenständigem Denken und der Teilnahme an gesellschaftlichem und kulturellem Leben.

Deswegen fordern wir einen qualitativen und inklusiven Unterricht von der Kita bis zum Schulabschluss, moderne Lernumgebungen und individuelle Förderprogramme für alle, unabhängig von Herkunft oder Einkommen. So kann jede Person ihren eigenen Weg und Antrieb finden

• Pädagogische Ganztags- und Nachmittagsbetreuung an Schulen.

• Kostenloses Mittagessen: Alle Kinder erhalten ein warmes, gesundes Mittagessen in Kita und Schule, unabhängig vom Einkommen der Eltern.

• Bedürfnisorientierte Ausstattung der Schulen digital, personell und räumlich.

• Inklusion leben: Barrierefreie Gebäude, Unterstützungsangebote und Begleitung für Kinder mit Behinderung, mehr Sozialarbeit.

• Förderung von Bildungspatenschaften und Nachhilfeprojekten.

• Ausbau von Übergangs- und Berufsorientierungsprogrammen für Jugendliche.

• Berufsorientierung ohne Vorurteile: Alle Berufe, vom Handwerk bis zur Pflege, werden auf faire Weise dargestellt und in ihrer gesellschaftlichen Bedeutung beleuchtet. Jugendliche aus Arbeiter:innenfamilien erhalten die gleiche Unterstützung bei der Berufswahl wie alle anderen.

• Stärkung von Elternbeiräten und Inklusionslotsen im gesamten Kreis.

• Förderung von kostenlosen Ferien- und Freizeitangeboten

• Kinder- und Jugendbeteiligung bei Bauprojekten, Schulhöfen und Freizeitangeboten.

Mobilität & ÖPNV

Die Mobilitätsbedürfnisse der Einwohner:innen des MKK sind so vielfältig, wie sie selbst.

Wir bauen auf sozial gerechten, klimafreundlichen und fortschrittlichen ÖPNV sowie Ausbau, Sanierung und Umstrukturierung von Radwegen und Straßen. Viele Beschäftigte sind auf den ÖPNV angewiesen, um zur Arbeit zu kommen – besonders bei Schichtarbeit.

Ein bezahlbarer und zuverlässiger Nahverkehr ist daher eine Frage der sozialen Gerechtigkeit.

- Einführung eines bezahlbaren ÖPNV Tarifs für Menschen mit geringem Einkommen, Studierende und Rentner:innen.
- Kostenlose Schüler- und Azubi-Tickets im gesamten Kreisgebiet.
- Langfristig: Kostenloser ÖPNV.
- Taktverdichtung und bessere Anbindung ländlicher Gemeinden, besonders abends und am Wochenende.
- ÖPNV für Schichtarbeiter:innen: Frühverbindungen und Spätverbindungen werden ausgebaut, damit auch Beschäftigte in der Früh- und Spätschicht den ÖPNV nutzen können.
- Förderung von barrierefreien Haltestellen und klimafreundlichen Bussen.
- Ausbau sicherer Radwege, wie z.B. Schulradwege.
- Multimodale Mobilitätsstationen (Sharing-Angebote, verschiedene Verkehrsmittel vorhanden).
- Ausbau von Bürgerbussen, Rufbussen und On-Demand-Angeboten, um Versorgungslücken zu schließen.
- Bürger:innenbeteiligung bei Verkehrsplanung, z. B. durch Mobilitätsforen und Workshops.
- Zusammenarbeit mit Nachbarkreisen und Städten, um einen umsetzbaren regionalen Nahverkehrsplan zu schaffen.
- Neubau nordmainische S-Bahn: Alle Bahnhöfe mit Aufzügen zu den Gleisen ausstatten. Besserer Zugang für Behinderte und Ältere.

Kunst & Kultur

Kultur schafft Zusammenhalt, weitet den Blick über das Eigene hinaus und gehört allen Menschen – unabhängig vom Geldbeutel.

Durch Angebote und Engagement im Kulturbereich lassen sich gesellschaftliche Teilhabe, Demokratieverständnis und Repräsentation mit Freude, Geselligkeit und Bildung verbinden.

Wir fördern eine vielfältige, zugängliche und solidarische Kulturlandschaft im Main-Kinzig-Kreis.

• Stärkung der kommunalen Kulturarbeit durch nachhaltige Finanzierung von Bibliotheken, Jugendkunstschulen, Musikschulen und Kulturzentren.

• Einführung eines Kulturpasses für Menschen mit geringem Einkommen, Rentner:innen, Schüler:innen und Auszubildenden, der kostenlosen oder stark vergünstigten Zugang zu kulturellen Angeboten ermöglicht.

• Kulturpass für alle Geringverdiener:innen: Auch Vollzeitbeschäftigte mit niedrigen Löhnen erhalten Zugang zum Kulturpass.

• Förderung freier Kunst- und Kulturschaffender, z.B. durch Zwischennutzungskonzepte, die günstige Atelierräume schaffen, Proberäume und faire Honorare bei öffentlichen Aufträgen.

• Erhalt und Ausbau kultureller Infrastruktur im ländlichen Raum – mobile Kulturangebote, dezentrale Veranstaltungsorte und Unterstützung kleiner Vereine.

• Kulturelle Bildung für alle, etwa durch Kooperationen zwischen Schulen, Kitas, Vereinen und Kulturschaffenden im gesamten Kreis.

• Stärkere Förderung interkultureller und inklusiver Kulturprojekte, um Vielfalt sichtbar und erfahrbar zu machen.

• Unterstützung von Festivals, Straßenkunst, Theater und offenen Bühnen, die Begegnung und gesellschaftlichen Austausch schaffen.

• Niedrigschwellige Kultur im öffentlichen Raum, z.B. Pop-up-Kulturevents, Bücherschränke, offene Workshops und Straßenmusikflächen.

• Demokratische Mitgestaltung durch Bürger:innen, u.a. über Kulturbeiräte, Beteiligungsformate und offene Ausschreibungsprozesse.

• Digitale Kultur stärken, etwa durch Förderung digitaler Archive, Kulturlabore, Medienkompetenz und barrierefreie Online-Angebote.

Umwelt, Klima & Nachhaltigkeit

Wir setzen uns für eine ökologische Wende ein, die sozial gerecht gestaltet ist für Mensch, Tier und Umwelt. Denn: Klimaschutz ist soziale Verantwortung.

Die Kosten des Klimawandels dürfen nicht auf die Beschäftigten und Geringverdiener:innen abgewälzt werden. Klimaschutz muss sozial gerecht sein und darf nicht zu Erwerbslosigkeit und sozialer Not führen.

- Energie in öffentlicher Hand: Förderung kommunaler und genossenschaftlicher Energieprojekte.

- Photovoltaik auf öffentlichen Gebäuden und Unterstützung privater Solaranlagen.

- Gerechte Energiewende: Umstieg auf erneuerbare Energien ohne Kostenfalle für Mieter:innen und Geringverdiener:innen. Energiegenossenschaften ermöglichen allen die Teilhabe an der Energiewende.

- Schutz regionaler Grünflächen und Wälder vor Zersiedelung und Flächenfraß.

- Ausbau der regionalen und ökologischen Landwirtschaft sowie Förderung regionaler Vermarktung.

- Sichere Arbeitsplätze in der Energiewende: Umschulung und Qualifizierung für Beschäftigte aus fossil-basierten Industrien, damit niemand bei der Transformation zurückgelassen wird.[1]

- Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel: Hitzeschutz, mehr Stadtgrün, Schutz vor Starkregen, Hochwasserschutz.

- Abfallvermeidung und Recycling als kommunale Aufgabe – weniger Müll, mehr Wiederverwendung.

- Beteiligung von Bürger:innen und Gemeinden an Wind- und Solaranlagen. Gewinne bleiben vor Ort.

1 Etwa durch kreiseigene Bildungsträger wie aQa etc. (https://www.aqa.de/)

Finanzierbarkeit & Bürgerbeteiligung

Soziale Politik braucht solide Finanzen und starke Mitbestimmung.

Wir stehen für eine verantwortungsvolle Finanzpolitik, die öffentliche Aufgaben finanziert, ohne Menschen zu belasten. Gleichzeitig wollen wir mehr demokratische Teilhabe im Kreis ermöglichen, denn gute Entscheidungen entstehen im Dialog mit den Bürger:innen.

Die Finanzierung unserer Vorhaben erfolgt durch eine gerechte Verteilung der Lasten: Wer viel profitiert, übernimmt mehr Verantwortung und wer das nicht tut, wird entlastet. Steuergelder müssen für alle da sein, nicht für die Bereicherung weniger.

• Europäische, Landes- und Bundesprogramme sollen gezielt abgerufen werden, um soziale und ökologische Projekte im Kreis zu finanzieren, wie z. B. EU-Fördermittel für nachhaltige Mobilität (EFRE).

• Beteiligungshaushalt einführen: Bürger:innen können Vorschläge einreichen und über Schwerpunkte im Kreishaushalt mitentscheiden.

• Einführung und Ausbau der Grundsteuer C – für unbebaute Flächen sowie Industriegebiete.

• Mehr Druck auf Land und Bund: Verantwortung und kostspielige Aufgaben dürfen nicht weiter an Kreis und Kommunen abgegeben werden. Die Verhandlung von Pflichtaufgaben muss realistischer und an die realen Umstände vor Ort angepasst werden.

• Kommunale Aufträge schaffen Arbeitsplätze:
Bei der Vergabe öffentlicher Aufträge werden regionale Unternehmen bevorzugt, die gute Arbeitsplätze schaffen und Tarifverträge einhalten.

• Wir fordern mehr Investitionen in Kitas, Schulen, Pflege, ÖPNV und Klimaschutz, denn diese Investitionen bieten Lebensqualität, Zukunftssicherheit und Soziale Gerechtigkeit.

• Politische Entscheidungen transparenter und verständlicher machen, durch einfache Beteiligungstools wie Online-Plattformen, Bürgerforen, Stadtteilversammlungen.

• Kreisumlage gerecht gestalten: finanzielle Entlastung der Kommunen, die besonders viel leisten.

• Stärkere Zusammenarbeit zwischen Kreis, Städten und Gemeinden für soziale Projekte und Infrastruktur.

• Keine Kürzungen bei freiwilligen sozialen Leistungen: Sozialpolitik ist Pflichtaufgabe!

• Förderung von interkommunalen Zweckverbänden im Kreis in Bereichen wie Abfallwirtschaft, öffentlicher Verkehr, Schwimmbäder & Bildung und Gesundheit.

• Gemeinsame Planung statt Zersiedelung, abgestimmte Raumplanung für nachhaltige Entwicklung.

• Einsatz für eine gerechte Gewerbesteuerpolitik, die alle Betriebe fair beteiligt.

Die Menschen zuerst.

Die Linke

Main-Kinzig-Kreis